

Keine Klimawende ohne Gaskraftwerke

VON ANTJE HÖNING

Auf dem Papier ist eine klimafreundliche Welt schnell gemalt: Windräder und Solarparks stellen Strom her. Und wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, springen Gaskraftwerke ein, die mit grün erzeugtem Wasserstoff betrieben werden. Unter Klimaaspekten wäre es kein Problem, wenn auch Atomkraftwerke die Versorgung sichern. Daher hat die EU-Kommission diese wie Gaskraftwerke als klimafreundlich eingestuft. Bedenken gegen die Atomkraft sind insofern berechtigt, als dass das Endlager-Problem ungelöst ist, so dass man kaum von nachhaltiger Technologie sprechen kann. Der Widerstand der Umweltschützer und Grünen gegen eine Förderung klassischer Gaskraftwerke aber ist unbegründet und naiv. Sie möchten keine Kraftwerke fördern, in denen Erdgas – womöglich noch solches aus dem bösen Russland – verfeuert wird. Sie möchten nur solche Blöcke am Netz sehen, in denen grün erzeugter Wasserstoff eingesetzt wird.

Doch ein Realitäts-Check zeigt, dass das nicht gehen wird. In Deutschland wird viel zu wenig Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt, um den Bedarf zu decken. Erst recht gibt es zu wenig Grünstrom, um auch noch grünen Wasserstoff herzustellen. Das gilt umso mehr, als der Strombedarf des Landes wegen der Elektromobilität und Umstellung der Stahlindustrie noch steigen wird. Die Klimawende in Deutschland kann nur gelingen, wenn es Dutzende neuer Gaskraftwerke geben wird, die mit Erdgas betrieben werden. Binnen kurzer Zeit aus der Atomkraft und Kohle auszusteigen und dann auch noch dem blauen Gas den Kampf anzusagen, funktioniert weder technisch noch ökonomisch. Die Klimaschützer müssen sich ehrlich machen – und dürfen übrigens auch den Bau neuer Windparks vor der eigenen Haustür im Namen des Artenschutzes nicht blockieren.

BERICHT INDUSTRIE HÄLT GRÜNE KRAFTWERKSPLÄNE ... POLITIK

Die Kirche als Täterorganisation

VON LOTHAR SCHRÖDER

Seit zwölf Jahren wird die katholische Kirche zerrissen von ihren Versuchen, sexuellen Missbrauch aufzuklären, Betroffenen zu helfen, Schuld zu bekennen, neue Taten möglichst zu verhindern. Dass sich bis zum heutigen Tag immer wieder neue moralische Abgründe auftun, dass Vertuschungsversuche möglicherweise bis zur Spitze kirchlicher Hierarchie reichen und auch Papst Benedikt XVI. verantwortlich sein könnte, gibt eine Ahnung von einem System, das jahrhundertlang in sich geschlossen war. Nicht etwa zur Glaubensverkündigung, sondern auch zum Erhalt von Macht. Die zurückliegenden zwölf Jahre der Aufklärungsversuche waren nur dann nicht umsonst, wenn es endlich an die Strukturen geht, an die systemischen Ursachen. Das alles ist längst bekannt und vielfach benannt. Nur: Es bewegt sich nichts. Kein sichtbarer Schritt wird getan. Reformversuche wie der Synodale Weg werden hierzulande misstrauisch beäugt, aus Rom kritisiert. Auch solche Debatten sind ein Befund.

Denn es geht nicht um Kirche. Es geht um die Bewahrung von Glaube und Seelsorge – und in diesem Sinne um die vielen Betroffenen, die in diesem System für ihr Leben schwer traumatisiert wurden und Menschen ausgesetzt waren, die in diesem System einen Schutzraum für ihre Taten fanden. Und gedeckt wurden. Dass sich daran auch Bischöfe und Erzbischöfe beteiligten, Kardinäle und vielleicht auch ein emeritierter Papst, führt vor Augen, wie dicht dieses Netz ist in einer Institution, die selbst Bischöfe inzwischen als „Täterorganisation“ bezeichnen. Gerade große Namen dürfen nicht davon ablenken, dass es jetzt nicht reflexhaft um prominente Schuldige gehen darf, sondern um die Reform eines Systems gehen muss, damit das, was Kirche in ihrem Ursprung meint, wieder eine Zukunft haben kann.

BERICHT NEUE VORWÜRFE GEGEN BENEDIKT, TITELSEITE

Impressum RP



SICHERES PLÄTZCHEN

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Zum ersten Mal stellen die Grünen den Bundeswirtschaftsminister. Die Aufgaben sind immens groß, der Anspruch von Robert Habeck auch. Doch nach nur vier Wochen im Amt muss er erste Hoffnungen dämpfen.

Aufgestellt zum Scheitern

VON JANA WOLF

Für Theater muss Zeit sein, auch wenn Robert Habeck sie eigentlich nicht hat. Seit knapp vier Wochen ist der 52-jährige als neuer Wirtschafts- und Klimaminister vereidigt, der erste Grüne in diesem Amt. Er ist nun Chef eines Hauses mit rund 2300 Mitarbeitern, die politischen Herausforderungen sind immens. Die Ampelkoalition hat sich nicht weniger vorgenommen, als die deutsche Wirtschafts- und Energiepolitik umzubauen. Meint man es ernst mit der Klimarettung, dann duldet die Transformation keinen Aufschub mehr. Doch die Zeit für einen Theaterabend hat Habeck sich trotzdem freigeschaufelt. Gerade dann, wenn die Bühne ihm gehört.

Es ist der Sonntag vor Weihnachten, Habeck ist zur Nachtgesprächreihe „Je später der Abend...“ des Berliner Ensembles eingeladen. Schauspieler Nico Holonics befragt ihn zu seinem unwahrscheinlichen Werdegang, vom freischaffenden Schriftsteller zum Vizekanzler. Kultur, wird Habeck an diesem Abend sagen, bedeute ihm im Zweifelsfall mehr als Politik, „weil das eine Beruf ist und das andere Sinn“. Dem promovierten Literaturwissenschaftler eilt der Ruf voraus, der Philosoph unter den Spitzenpolitikern zu sein – und er kultiviert diesen Ruf auch gerne. Trotzdem will Habeck zeigen, im neuen Amt voll angekommen zu sein. Er spricht von seiner neuen Aufgabe als „etwas Großem“, vom „Staat, den ich repräsentiere“, und davon, dass es jetzt um eine „entscheidende Phase in der Geschichte dieses Landes“ gehe. Habeck, selten um schmuckreiche Worte verlegen, zieht die ganz großen Register. Er beherrscht das Polit-Schauspiel.

Ein staatsmännisch-selbstbewusstes Auftreten dürfte Habeck in diesem Amt helfen, wenn es denn mit den richtigen Inhalten unterfüttert ist. Unternehmen

und Industrie verlangen nach Verlässlichkeit, Planungssicherheit und nach einem Staat, der auf dem ehrgeizigen Weg hin zur Klimaneutralität bis 2045 die Richtung weist, ohne zu sehr regulierend einzugreifen. Im Wahlkampf haben die Grünen propagiert, dass die Industrie weiter sei als die alte Bundesregierung. Grüner Strom, grüner Stahl, emissionsfreie Produktion – die Unternehmen seien längst zum Umstieg bereit, wenn die Regierung diesen Weg nur endlich mit einer progressiven Wirtschafts- und Energiepolitik flankieren würde. So ging das grüne Credo. Bei der Amtsübernahme von seinem Vorgänger Peter Altmaier (CDU) sagte Habeck, er wolle die ordnungspolitischen Leitplanken weiterentwickeln, um aus der sozialen eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft zu schaffen. Nach 16 Jahren auf der Oppositionsbank können die Grünen in Regierungsverantwortung nun zeigen, ob das gelingt.

Wie kommt der selbstbewusste grüne Aufschlag an in einem traditionsreichen Haus wie dem Wirtschaftsministerium, das sich gerne mit dem Erbe Ludwig Erhards schmückt? Gut, heißt es in Habecks Umfeld. Es gebe kaum Abwehrreaktionen gegen den Neuen und sein Team, dafür umso mehr Neugier und Veränderungslust. Viele Mitarbeiter würden es begrüßen, dass das Haus nun für Klimaschutz zuständig sei und damit an Relevanz gewinne. Das ist freilich nur eine Lesart. Der Minister selbst hat deutlich gemacht, dass die Ziele der Ampelkoalition hoch gesteckt sind, vielleicht zu hoch. „Es ist aufgestellt zum Scheitern“, sagte Habeck beim Theaterabend. Die Ampel will den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2030 auf satte 80 Prozent erhöhen. Der Kohleausstieg soll bis 2030 gelingen, acht Jahre früher als bisher geplant. Auf jedes neue Dach soll eine Solaranlage gebaut, zwei Prozent der Landesfläche sollen für Windkraft genutzt

INFO

Große Ziele und viele hohe Hürden

Klimaziele Deutschland werde seine Klimaziele in den kommenden zwei Jahren wohl nicht erreichen, sagte Wirtschaftsminister Habeck der Wochenzeitung „Die Zeit“. Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP biete aber „viele Möglichkeiten“, um künftig nachzubessern, sollten die einzelnen Sektoren wie Verkehr, Landwirtschaft oder Energie ihre CO₂-Minderungsziele verfehlen.

Windkraft Am massiven Ausbau der erneuerbaren Energien führe kein Weg vorbei. Das bedeute, dass es „quasi überall da, wo der Wind weht“, Windkraftanlagen werde geben müssen. Im Durchschnitt müssten es 1000 bis 1500 neue Anlagen im Jahr sein, so Habeck – auch abhängig davon, wie viele alte Anlagen durch neue ersetzt werden könnten. In den vergangenen Jahren seien es kaum mehr als 450 gewesen, so Habeck.

Strukturwandel Mit Blick auf Arbeitsplätze, die etwa in den Kohleregionen wegfallen könnten, werde es laut Habeck „auch Enttäuschung und vielleicht Zorn geben“. Er versicherte aber: „Es werden neue Arbeitsplätze entstehen, uns geht die Arbeit nicht aus, ganz im Gegenteil.“ Die Gesellschaft werde insgesamt profitieren, wenn der Wandel gelinge.



Habeck bei seiner Vereidigung als Wirtschaftsminister. FOTO: DPA

werden. Dabei hat der Bund keinen direkten Zugriff auf die Flächen, sie liegen in der Verantwortung der Länder. Warum sollte etwa der bayerische Ministerpräsident Markus Söder ein Interesse daran haben, der Ampel zu einem Erfolg zu verhelfen, indem er in seinem Bundesland mehr Windräder aufstellt? Auch Habeck kann diese Frage nicht beantworten.

In einem Interview erzählte der Minister kürzlich, was er in seinen ersten Wochen schon geschafft habe: die Corona-Überbrückungshilfen und die Kaufprämie für E-Autos verlängert, EU-Förderprogramme für Klimaschutzprojekte verhandelt, den Neuzuschnitt der Windkraftflächen in der Nordsee vorgebracht. Zu Jahresbeginn hat Habeck eine Eröffnungsbilanz zu Klimaschutz und Energiewende angekündigt. Doch die Hoffnung auf schnelle Erfolge hat der Vizekanzler schon geschmälert. Man werde die Klimaziele für 2022 vermutlich verfehlen, auch für 2023 werde es „schwer genug“. Denn man fange mit „einem drastischen Rückstand“ an, sagte er kurz vor dem Jahreswechsel.

Zu Jahresbeginn müssen die Grünen nun einen Balanceakt schaffen: Die EU-Kommission will Investitionen in Gas- und Atomkraft unter bestimmten Bedingungen als klimafreundlich einstufen. Besonders das grüne Label für Atom ist für die Anti-Atomkraft-Partei ein rotes Tuch. Auf Gas hingegen wird Deutschland angewiesen sein, bis genug erneuerbare Energie erzeugt wird. Laut Habeck würden die EU-Pläne das Label für Nachhaltigkeit „verwässern“. Eine Zustimmung „sehen wir nicht“, sagte er am Samstag. Auffallend oft ist von ihm zu hören, was alles nicht geht.

Für einen, der sich selbst zu Großem imstande sieht, sind das verhalten optimistische Töne. Beim Abend im Berliner Ensemble wurde Habeck nach seinem Wunsch gefragt, was am Ende über die Ampelregierung werden solle. Er erwiderte: „Am Ende wär's schon gut, wenn da steht: Es war gut.“ Bis jetzt aber ist erst der Anfang gemacht.

WISSENSDRANG

Muss die Kirche unsere Freiheit verteidigen, uns nicht impfen zu lassen? Kürzlich erhielt ich die Aufforderung, einen Offenen Brief an die EKD-Ratsvorsitzende zur Corona-Politik mit zu unterzeichnen. Die Evangelische Kirche in Deutschland solle sich öffentlich „im Namen ihrer Botschaft vom freimachenden Glauben an das Heilshandeln Gottes in Jesus Christus“ gegen eine „gesetzlich erzwungene Impfung mit gentechnikbasierten Präparaten“ erklären. Die Glaubwürdigkeit der Kirche stünde auf dem Spiel. Eine Impfpflicht, so verkünden die Unterzeichnenden, verletze die „Fähigkeit des mit naturhafter Würde und Gottes Ebenbildlichkeit ausgestatteten Menschen zu einem freien Urteil über Gut und Böse“.

Keine Frage der Theologie

Bei der Impfpflicht sollte das Urteil von Fachleuten den Ausschlag geben.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Dieser Appell ist mir rätselhaft. Was ist das Problem mit gentechnikbasierten Präparaten? Darüber schweigt der Brief. Die Initiatoren des Briefes bezeichnen sich als Wissenschaftler, sind aber Theologen. Vielleicht verwechseln sie die Gentechnik mit Eingriffen in das menschliche Erbgut. Aber warum sehen sie hier eine Verletzung der menschlichen Würde? Das wird nicht begründet, sondern in dringlichem Ton behauptet, wie so vieles gegenwärtig. Die Epidemie hat nicht nur unser Leben eingeschränkt. Viele erleben sie auch als einen Angriff auf ihre Mündigkeit. Schließlich entscheiden wir Fragen unserer Gesundheitsvorsorge normalerweise selbst. Dass Wissenschaft und Politik derart in das eigene Leben eingreifen, nervt. Oft fühlt man sich wie ein unmündiges Kind behan-

delt. Aber es ist unvermeidbar und der Epidemie geschuldet. Wo es spezielle Kompetenzen erfordert, um die Gefährdungslage einzuschätzen, und andere vom eigenen Verhalten betroffen sind, ist das eigene Urteil überfordert. Bei der Frage einer allgemeinen Impfpflicht geht es nicht um Gut und Böse. Sondern darum, ob sie nötig werden könnte, um uns vor medizinischen Engpässen und der wirtschaftlichen Katastrophe einer nicht abebbenden Epidemie zu schützen. Hier ist virologische, epidemiologische, psychologische und ökonomische Fachkenntnis gefragt.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.